



Friedenskreis Castrop-Rauxel

Mai 2013

www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de

Keine Menschenleben für Profit

Stoppt den Waffenhandel

Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Mit Kleinwaffen aus der Waffenschmiede Heckler & Koch hat seit dem 2. Weltkrieg mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren, deutsche Rüstungsexporte nach Griechenland und Spanien haben zur Staatsverschuldung in diesen Ländern beigetragen. Das aktuelle Kriegswaffenkontrollgesetz verhindert nicht, dass Rüstungsgüter in Krisenherde geliefert werden. Waffen sind keine normalen Waren, sondern tragen dazu bei, dass immer mehr Menschen in mörderischen Gewaltverhältnissen leben müssen. Mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ fordern viele gesellschaftliche Gruppen ein Ende des Gewaltexports.

Der deutsche Rüstungsmarkt boomt

Hinter den USA und Russland ist Deutschland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Zu den wichtigsten Abnehmern in Europa zählte die griechische Regierung. Sie bestellte mit Krediten aus Deutschland vier U-Boote und 1640 Leopard-Panzer und durfte trotz Schuldenkrise nicht von dem Vertrag zurücktreten.



Schuldenkrise? Made in Germany: bestellt ist bestellt.

Weil auch in anderen NATO-Ländern Finanzierungsprobleme wachsen, sucht die Rüstungsindustrie verstärkt nach Absatzmärkten in Drittstaaten. Waffenlieferungen in Krisenregionen steigen: zu den zehn wichtigsten Exportländern gehören die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien im Nahen Osten, Indien und Südkorea in Asien sowie Ägypten in Nordafrika. Ein Fünftel der Exporte geht in Entwicklungsländer, wo die unverhältnismäßig hohen Rüstungsausgaben die soziale und wirtschaftliche Entwicklung behindern.

Kriegswaffenkontrollgesetz wirkungslos

Nach dem Grundgesetz soll der Wille „dem Frieden der Welt zu dienen“ die deutsche Politik bestimmen. Deshalb heißt es in Artikel 26, Absatz 2: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigungen der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Rüstungsexporte werden deshalb durch das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz geregelt. Allerdings fallen die Entscheidungen letztlich im geheim

tagenden Bundessicherheitsrat, der gegenüber Parlament und Öffentlichkeit nicht rechen-schaftspflichtig ist. Genehmigte Rüstungsexporte erblicken das Licht der Öffentlichkeit frühestens ein Jahr nach der Lieferung im Rüstungsexport-bericht, der zudem Kleinwaffen, Munition und Teile für Panzer oder gepanzerte Geländewagen nur unzureichend erfasst.

Auch nach dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Exporten von Militärgütern und Militär-technologie“ sollen derartige Exporte verhindert werden, wenn sie im Empfängerland zur inneren Repression, zur internationalen Aggression oder zur regionalen Instabilität beitragen können. Weil aber der Lissabon-Vertrag die Autonomie der Mitgliedstaaten bei Produktion und Handel mit Rüstungsgütern bestätigt, handelt es sich dabei lediglich um eine bisher folgenlose Übereinkunft.



Lieferungen in Krisenherde:

2011 wurden 200 Leopard -Panzer nach Saudi-Arabien exportiert, obwohl das Land im benachbarten Bahrain kurz zuvor mit Panzern an der Unterdrückung von Demonstrationen teilgenommen hatte. Aktuell wurden Rüstungsexporte für 1,89 Milliarden Euro (62 Leopard-Kampfpanzer und 24 Panzerhaubitzen) an das Emirat Katar vertraglich vereinbart, obwohl führende Personen hinter radikalen fundamentalistischen Kräften in Tunesien, Libyen und Ägypten stehen und Rebellen Gruppen in Syrien aus Katar mit Kriegsgerät beliefert werden. Die Reihe lässt sich fortsetzen.

Lieferungen von Kleinwaffen

Deutschland ist der drittgrößte Lieferant von Kleinwaffen, die in fast allen Konflikten die wichtigste Waffe der Kriegsparteien bilden und oft unkontrolliert weiter gehandelt werden. Die meisten zivilen Opfer dieser Konflikte sterben durch Kleinwaffen.

Waffen sind keine x-beliebigen Handelsgüter,

für die immer neue Absatzmärkte gesucht werden dürfen. Waffenbesitz fördert die gewaltsame Durchsetzung von Interessen. Profite aus dem Verkauf von Waffen nehmen den Tod der Opfer in Kauf. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Christian-Peter Prinz zu Waldeck stellte in Zusammenhang mit einer Exportoffensive für Rüstungsgüter die Frage: „Es ist eine Frage des Überlebens: Wollen wir diese Industrie erhalten oder wollen wir sie nicht erhalten.“

Wir sagen: Es ist eine Frage des Überlebens für die Opfer. Deshalb wollen wir sie nicht erhalten. Rüstungsexporte machten 2011 weniger als 1% der gesamten Exporte aus. 98.000 Personen sind direkt in der Rüstungsindustrie beschäftigt, ihre Arbeitsplätze können bei entsprechender Förderung durch Konversion zu ziviler Produktion erhalten bleiben. Aber das Leben all derer, die dem Einsatz der Waffen zum Opfer fallen, könnte erhalten werden, wenn keine Waffen zur Verfügung stehen. Deshalb fordern wir

Stopp dem Rüstungsexport

Keine Lizenzvergabe für den Nachbau deutscher Kriegswaffen